

## Auf die Straße zu der UN-Klimakonferenz in Bonn am 4.11.!

Die Klimaerwärmung ist keine graue Theorie, sondern brutale Realität: Die Rekordniederschläge und -stürme der vergangenen Monate senden bittere Grüße: aus Puerto Rico, Mumbai, Houston...

Das Klimachaos kommt immer heftiger in den Metropolen an. Zugleich potenziert die Klimakrise die bestehenden sozialen Ungleichheiten des globalen Kapitalismus. Die Kosten tragen vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten. Ein Ende ist nicht in Sicht: Mit einem globalen Temperaturanstieg von 2 bis 4,9 Grad (90%ige Wahrscheinlichkeit) droht eine umfassende "Zivilisationskrise", wie es indigene soziale Bewegungen beim Weltsozialforum 2007 im brasilianischen Belem ausdrückten. Statt aufhaltsamer Katastrophe, könnte alles allerdings ganz anders sein: Eine Transformation hin zu einem sozialen, ökologischen und demokratischen Weltwirtschaftssystem ist machbar! Jedoch nicht innerhalb eines anachronistisch-ineffizienten, wachstumsbasierten, profitorientierten Wirtschaftssystems. Daher: **System change, not climate change!** 

Vom 6. bis 17. November findet in Bonn die 23. UN-Klimakonferenz (COP23) statt. Während es bei der Konferenz für viele Menschen – insbesondere aus dem globalen Süden – um substantielle Fragen geht (finanzielle Kompensation für Schäden durch Klimachaos/'loss and damage') ist vom diplomatischen Parkett und von "freiwilligen Selbstverpflichtungen" kein effektives Abbremsen der Klimaerwärmung zu erwarten. Von den meisten Regierungen wird eine Weltwirtschaft auf Basis fossiler Energien weiterhin mit aller Macht verteidigt. Nicht nur in Trumps USA, sondern auch in der Bundesrepublik wurde – hier von CDU und SPD – in den letzten Jahren ein klimapolitisches Roll-Back gestartet (z.B. Schwächung des Ausbaus Erneuerbarer Energien). Deutschland ist Stromexportweltmeister – insbesondere mit Strom aus Braunkohle. Und die kriminellen Autokonzerne (Diesel-Betrug, Kartellbildung) haben – ob im grün-schwarzen BaWü oder auf Bundesebene – weiterhin freie Fahrt. Das Exportmodell Deutschland soll brummen; dazu gehören insbesondere schwere Premium-Karossen. Zum Weiter-so gehören nicht zuletzt mehr Freihandelsabkommen (CETA, JEFTA, EU-Mexiko,

TTIP reloaded? etc.), die die EU-Kommission mit kräftiger Unterstützung der Bundesregierung vorantreibt. Demnächst à la schwarz-gelb-grün? Klimaschutz ist aber mit mehr Freihandel nicht zu machen. Deshalb: **CETA, TiSA & Co. stoppen!** 

Die Klimakonferenz findet etwa 50km vom Rheinischen Braunkohlerevier statt – dem europäischen CO2-Hot-Spot Nr.1! Bei der Förderung von Braunkohle ist die Bundesrepublik Weltmeister. Um die Klimakrise abzubremsen ist eine sofortige Einleitung des Ausstiegs aus der Braunkohle und der Steinkohle und damit ein rascher endgültiger Kohleausstieg bis 2025 nötig – und technisch machbar! Politisch steht dem die Macht der Energiekonzerne (RWE, Eon/Uniper, EPH/LEAG u.a.) entgegen. Es sind nur 90 transnationale Konzerne, die 63% aller CO2-Emissionen weltweit verursachen. Deshalb fordern wir eine demokratische Kontrolle – parlamentarisch, genossenschaftlich oder basisdemokratisch – der Energiekonzerne: Energiedemokratie! Inzwischen ist klar, dass reine Emissionsreduzierungen nicht mehr ausreichen dürften, um ein der menschlichen Zivilisation die ökologische Existenzgrundlage entziehendes Umschlagen des Klimasystems zu verhindern. Immer öfter werden deshalb unkalkulierbare großtechnische Konzepte – "geo-engineering" ins Spiel gebracht (Carbon capture & storage, Ozeandüngung etc). Stattdessen sind öffentliche Investitionsprogramme in eine agrarökologische Landwirtschaft – "Farmers keep the plant cool!" lautet ein Slogan der globalen Kleinbäuerinnen- und Kleinbauernbewegung La Via Campesina, Aufforstungsprogramme etc. nötig, um die CO2-Konzentration in der Atmosphäre wieder abzusenken ("drawdown"). Revitalisierung der Biosphäre statt tote Böden und Massensterben von Arten.

Das Klimachaos ist keine Naturkatastrophe, sondern eine Konsequenz polit-ökonomischer Strategien zugunsten der Reichen und Superreichen. Die neoliberale, finanzmarktgetriebene Globalisierung und insbesondere die aktuelle Austeritäts-/Sparpolitik seit dem Finanzcrash 2007/08 radikalisieren die Ausbeutung von Mensch und Natur. Um die Klimakrise abzubremsen, ist es richtig, dass Kohle, Öl und Gas im Boden bleiben müssen und die Erneuerbaren Energien und deren Speicher-Möglichkeiten schnell ausgebaut werden müssen. Das geht allerdings nicht ohne eine soziale Transformation, die klar macht, dass auf diesem Planeten genug für alle da ist, ein gutes Leben für alle möglich ist. Ein allererster Schritt aus dem Höher-Weiter-Schneller, ein erster Schritt der "UmFairteilung" auch der Arbeitsplätze ist die Verkürzung der Arbeitszeit auf eine 30h-Woche in Europa.

Klimaschutz ist tagtägliche Handarbeit: Ob Baggerblockieren im Braunkohletagebau oder Blockieren von Freihandelsverhandlungen. Im November bieten die UN-Klimaverhandlungen uns eine globale Bühne für unsere Perspektive eines ganz anderen Klimas!

Kohle? Aussteigen!

Energiekonzerne? Demokratisieren!

## System change, not climate change!

Außerdem

Freihandelsabkommen? Stoppen! Arbeitszeit? 30h sind genug!

- ► Ende Gelände-Aktion am 5. November
- ► Alternativgipfel vom 3. bis 7. November
- ► 11.11. Demonstration "Schluß mit dem faulen Zauber Wir treiben die bösen Geister des Klimawandels aus"

